



Pet 2-19-15-2129-026211

19053 Schwerin

Patientenrechte

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 28.01.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass im Rahmen des "Digitale-Versorgung-Gesetzes" die Weitergabe von Gesundheitsdaten nur unter Maßgabe einer Zustimmungslösung erfolgt und nur gestattet ist, wenn die Anonymisierung der Daten von Anfang an vollständig und auch dauerhaft sicher ist.

Zur Begründung wird unter anderem ausgeführt, die Gesundheitsdaten aller Bürger müssen gleichbehandelt werden. Leitlinien müssen sicherstellen, dass die Verwendung ausschließlich unter ethischen und medizinischen Maximen erfolgt.

Zu den Einzelheiten des Vortrags der Petentin wird auf die von ihr eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 2.848 Mitzeichnungen sowie 7 Diskussionsbeiträge ein.

Zu diesem Thema liegen dem Petitionsausschuss weitere Eingaben mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Prüfung zugeführt werden. Der Ausschuss bittet daher um Verständnis, dass nicht auf alle vorgetragenen Gesichtspunkte eingegangen werden kann.



Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Mit dem "Gesetz für eine bessere Versorgung durch Digitalisierung und Innovation" (Digitale-Versorgung-Gesetz [DVG]) vom 09.12.2019 wird kein neuer Weg zur Verarbeitung von Daten der gesetzlichen Krankenkassen geschaffen. Die Regelungen zur Datentransparenz, die mit dem DVG weiterentwickelt werden, wurden bereits im Jahr 2004 geschaffen. Die Verarbeitungsbefugnis basiert – wie bisher auch – auf einer gesetzlichen Grundlage.

Sie ist datenschutzkonform und im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), da die Auswertung der Daten zur Gewährleistung und Verbesserung der Versorgung im öffentlichen Interesse liegen und somit von den Öffnungsklauseln in Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e, Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b sowie Satz 2 DSGVO in Verbindung mit Artikel 9 Abs. 2 Buchstaben i und j DSGVO gedeckt sind.

Die Versorgungsforschung hat einen enormen Wert für die Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung und des gesamten Gesundheitssystems. Sie kann gute von schlechter Behandlungsqualität unterscheiden und deren Ursachen aufzeigen, sie kann analysieren, welche Vorsorge- und Präventionsangebote wirksam sind, sie kann Fehlmedikationen und Fehlerquellen für diese aufdecken oder sie kann Fehlanreize für unnötige Behandlungen im System entdecken.

Eine Widerspruchsmöglichkeit war und ist aus diesen Gründen nicht vorgesehen. Der große Wert der Abrechnungsdaten liegt gerade darin, dass man alle Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst. Eine Widerspruchslösung gefährdet den Wert und die Nutzbarkeit der Daten und führt letztlich dazu, dass man offene Fragen zum Versorgungsgeschehen weiterhin nicht beantworten und damit Versorgung nicht verbessern kann. Zudem handelt es sich bei den Daten um Abrechnungsdaten der Krankenkassen, d. h. gerade nicht um Behandlungsdaten.



Die von der Petentin angeregte Pseudonymisierung der Versichertendaten direkt bei den Krankenkassen wurde bereits im Rahmen des parlamentarischen Gesetzgebungsverfahrens umgesetzt. Die Abrechnungsdaten werden beginnend bei den Krankenkassen über ein zweistufiges Verfahren pseudonymisiert und im Forschungsdatenzentrum (FDZ) zusammengeführt. Im FDZ werden die Daten so weiterbearbeitet, dass die/der einzelne Versicherte nicht mehr re-identifizierbar ist; der Forschende erhält lediglich zusammengefasste Ergebnisse und keine Einzelangaben.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Der abweichende Antrag der Fraktion DIE LINKE., die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium für Gesundheit – als Material zu überweisen und den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben, wurde mehrheitlich abgelehnt.